

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den 6. Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Vorbestellung 3 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen an den Verleger und Geschäftsstellen des Verlegers zu richten. — Nachzahlung eingekaufter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegend.



Wilsdruff-Dresden
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6
Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen.

Nr. 223. 85. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, 23. September 1926

Das Ziel.

Die Abreise der deutschen Delegation aus Genf steht unmittelbar bevor und man wird darangehen, die Bilanz aus dem zu ziehen, was in Genf gehandelt und gesprochen, vor allem aber versprochen und erreicht ist. Allmählich beginnt auch das Dunkel sich zu lüften, das über der geheimnisvollen Zusammenkunft von Thoiry schwebte, besonders, da es Loucheur ist, das anerkannte Haupt der französischen Schwerindustrie, der jene Verhandlungen demnächst in Berlin fortsetzen soll. Auch Dr. Stresemann ist ein klein wenig aus der bisherigen Zurückhaltung herausgetreten, indem er auf einem Bierabend der deutschen Kolonie in Genf Ausführungen machte, die nicht mehr zu missdeuten sind. So sagte er: Hier in Genf haben wir nicht die Frage gestellt, ob noch eine kleine Verringerung der Truppenzahl im besetzten Gebiet erfolgen könnte, hier hatte es sich für uns um die Frage gehandelt, ob überhaupt die Befestigung des Saargebietes noch vereinbar ist mit der Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund; für uns hat es sich auch darum gehandelt, ob das Saargebiet noch auf Jahre hinaus unter französischer Herrschaft bleiben soll oder ob deutsches Land wieder zu Deutschland zurückkehren darf.

Jede deutsche Regierung der letzten Zeit hat ja den deutschen Standpunkt vertreten, daß die Befestigung des Saarlandes zum Widerstand werden in dem Augenblick, da der Vertrag von Locarno in Kraft tritt und Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist, weil es im besetzten Gebiet nicht souverän ist, weil die Befestigung ein Kaufpfand darstellt, das durch die Verträge von Locarno und Genf ersetzt sein müsse. Hinsichtlich des Saargebietes liegen bekanntlich die Dinge so, daß 1935 eine Volksabstimmung über die künftige staatliche Zugehörigkeit erfolgen soll und im Falle des Wiederanschlusses an Deutschland die Saarregion zurückgekauft werden müssen. Mindestens ist daher die fremde Herrschaft im Saargebiet ebenso unverträglich mit der Mitgliedschaft Deutschlands beim Völkerbund wie die Befestigung des Rheinlandes. Über den Ausgang der Volksabstimmung macht man sich auch in Frankreich nicht mehr die geringsten Illusionen.

Wenn Dr. Stresemann in seiner Rede vor der deutschen Kolonie nun fortführt, es spiele im Leben eines Volkes gegenüber der politischen Freiheit gar keine Rolle, wenn es dafür Belastungen finanzieller Art, die es tragen könne, und sogar schwere Lasten auf sich nehme, so liegt in dieser Andeutung der Versuch einer Kompromißlösung, weil wir das, was wir als unser Recht betrachten, durchzusetzen nicht in der Lage sind. Dr. Stresemann spricht hier wohl ganz unmissverständlich von dem bekannten Plan, die einhalb Milliarden Reichsbahnobligationen als Kaufsumme für die Befreiung von fremder Gewalt zu verwenden.

Als das unerrätliche Ziel der deutschen Politik bezeichnete Dr. Stresemann die Wiedererringung der deutschen Souveränität auf deutschem Boden, als nächstes die Wiederherstellung unseres Selbstbestimmungsrechtes als Volk. Das alles ist aber nur erreichbar auf dem Wege von Kompromißlösungen. Man könne ganz zufrieden sein mit dem, was wir bisher als Erfolg zu verbuchen haben, wenn man sich einmal überlege, wie die Dinge vor sieben Jahren gelegen hätten. Damals, in Versailles, die Ablehnung des deutschen Ersuchens, in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Jetzt, nach Räumung des Ruhrgebietes und der ersten Besatzungszone, ist dieser Eintritt vollzogen, einfach deswegen, weil die anderen Völker es empfunden haben, daß die Gemeinschaft der Nationen unvollständig sei, solange die deutsche Nation ihr nicht angehöre. Freilich, fügt Dr. Stresemann hinzu, müsse man sich darüber klar sein, daß vieles an den Dingen, so wie sie jetzt sind, noch unvollkommen sei. Angesichts der vorhandenen Unterscheidung in große und kleine Nationen konnten wir selbstverständlich nur als völkerverträgliches großes Volk nach Genf gehen. Noch an einen anderen wunden Punkt rührte der Reichsaussenminister, über den am gleichen Tage in Genf eine erbitterte Auseinandersetzung stattgefunden hatte. Das ist jene Unterscheidung zwischen den Völkern, die berechtigt sind zur Übernahme von Kolonialmandaten, und jenen, denen dieses Recht immer noch abgesprochen wird. Eine derartige Unterscheidung könne Deutschland für sich nicht anerkennen. Stresemann will aber diese Streitfrage nicht unmittelbar zur Erörterung bringen, weil wir dringendere und wichtigere Ziele zu erreichen haben. Aber er macht einen ausdrücklichen Rechtsvorbehalt, auf den wir im passenden Augenblick zurückkommen werden.

Unendlich mühsam ist die Arbeit, Deutschland wieder jene Stellung im Kreis der Völker zu verschaffen, die inne zu haben wir beanspruchen müssen. Mühsam ist die Arbeit und lang der Weg, Entschuldigungen liegen genug auf ihm und werden auch in Zukunft nicht fehlen. Aber Schnelligkeit und Art der Fortbewegung wird es auch an inneren Kämpfen und Zwistigkeiten nicht mangeln, aber für alle Deutschen steht dahinter das gleiche Ziel.

Abschied von Genf.

Rückkehr Dr. Stresemanns nach Berlin

Rückkehr Dr. Stresemanns nach Berlin
Rabiettsitzung am Freitag.
Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat am Mittwoch Genf verlassen und wird für Donnerstag in Berlin zurück erwartet. Voraussichtlich ist vorgesehen, daß am Freitag vormittag eine Rabiettsitzung unter dem Reichskanzler stattfindet, in der der Reichsaussenminister abschließend über die Genfer Tagung berichtet und ausführlich auf seine Besprechungen mit Briand in Thoiry zurückkommen wird. Falls das Rabietts, was anzunehmen ist, einen Beschluß faßt, in dem die Politik des Reichsaussenministers sanktioniert wird, so wird voraussichtlich schon in nächster Zeit eine Fortsetzung der in Thoiry geführten Besprechungen, sei es in Paris oder Berlin, stattfinden. — In parlamentarischen Kreisen des Reichstags rechnet man damit, daß der Auswärtige Ausschuss des Reichstages etwa Anfang nächster Woche zusammengetreten wird, um den Bericht des Reichsaussenministers Dr. Stresemann über die Völkerbundtagung in Genf und über die Besprechungen mit Briand entgegenzunehmen. Wie weiter verläuft, beabsichtigt die kommunistische Reichstagsfraktion den Antrag zu stellen auf sofortige Einberufung des Reichstags. Dieser Antrag dürfte jedoch keinerlei Aussicht auf Verwirklichung haben, da zu seiner Durchführung die Zustimmung von mindestens einem Drittel der Reichstagsabgeordneten notwendig ist.

Die Einigkeit der deutschen Delegation.

Vor seiner Abreise aus Genf empfing Dr. Stresemann Vertreter der Presse, denen gegenüber er betonte, daß die Mitglieder der deutschen Delegation Einigkeit der Meinung aus Genf mitnehmen. In allen Fragen, die die deutsche Delegation in Genf beschäftigt haben, sei sie einer Auffassung gewesen. Daraus möge man auch die Gewähr entnehmen, daß die von Deutschland verfolgte Politik sich auf die große Mehrheit des deutschen Volkes stützen könne. Dr. Stresemann kam sodann nochmals auf seine Rede vor der deutschen Kolonie in Genf zurück und gab im einzelnen die Hauptpunkte dieser Rede wieder, in deren Mittelpunkt die Rheinlandräumung und das Verhältnis des Saargebietes zu Deutschland standen. Zum Schluß bemerkte Minister Dr. Stresemann noch zu der Frage, ob Deutschland einen ständigen Vertreter für den Völkerbund delegieren wolle, daß dies nicht die Absicht der Regierung sei. Er legte Wert darauf, die Vertretung im Rate selbst zu führen und auf diese Weise die persönlichen Beziehungen zu verstärken.

Briand auf Urlaub.

Briand auf Urlaub.
Havas über den Ministerrat.
Briand hat Paris verlassen, um sich etwa acht Tage lang auf dem Lande aufzuhalten. Nach Beendigung des Ministerrats erklärte, wie noch nachträglich bekannt wird, Briand einem Vertreter des "Matin": „Zweifellos werden die Kanzleien und die Techniker sich bald an die Arbeit begeben. Wir werden alsdann sehen, in welchem Augenblick eine neue Begegnung opportun sein wird. Auf alle Fälle will ich mich inzwischen einige Tage ausruhen. Denn ich beabsichtige, daß mir in der Folgezeit bis zum Monat Dezember diese ersten Verhandlungen nicht viel Ruhe lassen werden.“

Die Agentur Havas beschäftigt sich in einer offiziellen Mitteilung mit den Verhandlungen, die im letzten französischen Ministerrat geführt wurden. Obwohl die offizielle Mitteilung nicht von den Gegenständen spreche, die die beiden Minister angesprochen hätten, wisse man durch Pressemitteilungen, daß die Besprechungen namentlich die

Liquidation der Reichsgetreidestelle.

Liquidation der Reichsgetreidestelle.
Ihre Bedeutung im deutschen Wirtschaftsleben.
Vor einigen Tagen hat in Berlin die letzte Aufsichtsrats- und die letzte Geschäftskammerversammlung der Reichsgetreidestelle stattgefunden, in der die Liquidationsentscheidung genehmigt und dem Liquidator Entlastung erteilt worden ist. Damit ist die Auflösung der Reichsgetreidestelle endgültig vollzogen, nachdem ihr Betrieb bereits seit dem Jahre 1921 entsprechend der Verringerung ihrer Aufgaben fortlaufend immer mehr eingeschränkt worden war.

Der jetzt liquidierten Reichsgetreidestelle wird offiziell ein Nachruf gewidmet, dem folgendes zu entnehmen ist: Man wird heute, rückblickend auf die Krisen- und Nachkriegszeit, sagen können, daß die Reichsgetreidestelle ihrer Hauptaufgabe, der Aufrechterhaltung und Sicherstellung der Proviantversorgung des deutschen Volkes, unter den verschiedenartigsten und schwierigsten Umständen stets gerecht geworden ist. Die Mängel, die sich im einzelnen ergaben, waren durch die zwangsweise Umstellung der deutschen Getreidewirtschaft auf die Selbstversorgung aus der nach Neuge wie beschaffenheit gleich unzureichenden Eigenproduktion bedingt. Hatte die Reichsgetreidestelle in den Krisen- und ersten Nach-

Räumung des Rheinlandes und die Rückerstattung des Saargebietes und als Gegenleistung die demnächstige Kommerzialisierung eines Teiles der Reichseisenbahnobligationen betroffen haben. Der französische Minister des Äußeren habe sich wohl gebietet, irgendeine Verpflichtung hinsichtlich dieser Probleme zu übernehmen oder auch nur den geringsten Vorentwurf eines Abkommens auszuarbeiten.

Artikel 431 des Friedensvertrages von Versailles gestattet, so sagt die Verlautbarung weiter, die Räumung des Rheinlandes vor den vorgesehene Zeitfrist, aber unter der Bedingung, daß die Reparationen alle seine Verpflichtungen erfüllt habe. Was die Reparationen betreffe, so erhalte das Reich bis jetzt getreu die Verpflichtungen nach dem Dawes-Plan, aber es scheint nicht, daß nach dem jüngsten Bericht das gleiche Ergebnis hinsichtlich der Entlastung erzielt worden sei. Die Regierung werde also im Einverständnis mit ihren Sachverständigen die Bedeutung dieser Verpflichtungen abschätzen und feststellen haben, in welchem Maße sie die Fortsetzung der Besetzung als Sanktion rechtfertigen. Die Rückerstattung des Saargebietes an Deutschland vor der vorgesehene Frist von fünfzehn Jahren und die damit im Zusammenhang stehende Volksabstimmung sei durch den Versailler Vertrag vorgesehen. Die Bedingungen dieser Operationen und ihre Folgen jeder Art müßten sehr eingehend geprüft werden.

Was die teilweise Mobilisierung der Reichseisenbahnobligationen betreffe, so sei sie sehr wünschenswert, aber ihre Verwirklichung ergebe Schwierigkeiten finanzieller und politischer Art, die eine eingehende Prüfung erforderten, da der Bestand Deutschlands nicht allein für den Erfolg dieser Operationen genüge. Man müsse auch mit den Dispositionen des Weltmarktes rechnen. Diese ganz schematische Aufzählung genüge, so schließt Havas seine Mitteilung, um die Wichtigkeit und Bedeutung der Lösungen, die eintreten sollen, anzuzeigen. Unter diesen Umständen sei es vollkommen natürlich, daß sich die Regierung mit allen unerlässlichen Garantien umgeben wolle. Erst nachdem sie im Besitze aller technischen Elemente der Dispositionen sei, könne der Ministerrat in seiner demnächstigen Sitzung die Prüfung der offiziellen Bedingungen einer deutsch-französischen Abmachung, als deren Anhänger er sich jedoch schon jetzt einstimmig erklärte, fortsetzen.

Eine Räumungskonferenz?

Berlin, 22. September. Der Amsterdamer Telegraph berichtet, daß wahrscheinlich demnächst im Haag eine Konferenz französischer, deutscher und englischer Delegierter über die Räumung der besetzten Gebiete stattfinden werde. Handelt es sich bei dieser Konferenz auch nicht um eine Liquidation des Versailler Vertrages, so könne doch gesagt werden, daß bei den kommenden Besprechungen die bisher vertretene Auffassung liquidiert werden würde.

Vor dem Abschluß eines jugoslawisch-bulgarischen Sicherheitspaktes?

Belgrad, 22. September. Wie die Mütter aus Sofia melden, haben die Verhandlungen, die zwischen dem jugoslawischen Außenminister Dr. Rinskich und dem bulgarischen Außenminister Baroff in Genf geführt wurden, in Sofia starken Eindruck gemacht. Das der Regierung nachstehende Blatt Jura veröffentlicht einen Artikel, in dem die Möglichkeit des Zustandekommens eines Sicherheitspaktes zwischen Jugoslawien und Bulgarien erörtert wird. Der Sonderberichterstatter der Presse in Genf meidet, daß es sicher sei, daß Jugoslawien mit Bulgarien einen Bündnisvertrag abschließen werde.

tragsjahren vornehmlich ein Mengenproblem zu lösen, so wandelte sich ihre Aufgabe in der letzten Inflationszeit und nach der Wiederherstellung der Währung zu einem Problem der Preisregulierung. Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 die Inflation zur Währungskatastrophe führte, hielt die Reichsgetreidestelle durch ihre Preis- und Verteilungsmaßnahmen den Preis des Marktbrottes bei voller Anteilung der Nationen auf 1 bis 5 Goldpfennige für das Pfund und ermöglichte es damit, auch die Armen mit Brot zu versorgen. Nach Aufhebung der Marktenbrotwirtschaft hat dann die Reichsgetreidestelle noch wiederholt mußten der Konsumenten und auch der Produzenten ausgleichend in den Markt eingegriffen.

Welche Bedeutung die Reichsgetreidestelle im Wirtschaftlichen spielte, erhellt aus den Zahlen ihres Umsatzes: 4 bis 5 Millionen Tonnen Getreide, also Werte von 5 bis 7 Milliarden Goldmark, hat sie zur Zeit der Marktenbrotwirtschaft durchschnittlich jährlich im Inlande über nach dem Krieg auch mit Hilfe der Einjahreskredit aus dem Auslande aufgefressen, gelagert, auf den Mühlen verarbeitet lassen und dann den Verteilungsmaschinen im ganzen Deutschen Reich zugeführt. Das Drei- bis Vierfache dieser Menge wurde außerdem nach durch die Verteilungs- und Überwachungsorganisationen bei